

Petition Kanton Graubünden

Bildungswahl für alle statt für wenige

Damit alle Kinder ihr Potential entfalten können



Wir fordern den Grossen Rat und die Regierung des Kantons **Graubünden** auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass....

1. die Erklärung der **Menschenrechte Art. 26, Abs. 3** umgesetzt wird: «Die **Eltern** haben **ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen**, die ihren Kindern zuteil werden soll.»
2. der **Art. 41 der Schweizerischen Bundesverfassung** konsequent angewendet wird: «Die **Kantone** setzen sich **in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative** dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich nach ihren Fähigkeiten bilden können.»

In einem solch vielfältigen Angebot sollen nicht-staatliche Schulen mit einer Schülerpauschale **öffentlich finanziert** werden. Eltern, deren Kinder die Volksschule besuchen, sollen **frei wählen** können, wo der Schulbesuch erfolgt.

Auch soll mit der Umsetzung der beiden Artikel die **Bildung von Kindern zu Hause** durch engagierte Erziehungsberechtigte unter Aufsicht des Kantons ermöglicht werden.

Unterstützer:
BzH Verein Bildung zu Hause
FPA Freier pädagogischer Arbeitskreis
EFFE Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen

Linard Bardill, Liedermacher, Schriftsteller, Scharans

Dr. Marleen Grosheintz, Kinderärztin, Landquart

Joseph Stenz
 Lehrer, Feuertänzer, Klosters

Alexandra Graf, Fachpsychologin Psychotherapie, Fläsch

NAME / VORNAME	PLZ / WOHNORT	E-MAIL-ADRESSE (fakultativ)	UNTERSCHRIFT	JA*

* JA, ich möchte mehr Infos. Die Petition kann von allen Personen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Wohnort kopiert, bestellt oder online unter www.elternlobby.ch unterzeichnet werden. Bitte senden Sie den Bogen möglichst rasch ein – auch nur eine Unterschrift ist willkommen.

Begründungen

1. Die Erziehungsberechtigten tragen die Gesamtverantwortung für das Wohl ihrer Kinder – auch in der Bildung. Dazu brauchen sie jedoch entsprechende Entscheidungskompetenzen.
Deshalb muss das Menschenrecht der freien Bildungswahl für alle umgesetzt werden.
2. Viele engagierte Lehrkräfte geben täglich ihr Bestes für die Kinder. Trotzdem stossen die Volksschulen – wie verschiedene Studien zeigen – im Bemühen, allen Kindern gerecht zu werden, an Grenzen. Beispiele:
 Schulabbruch: Jedes Jahr brechen ca. 5'000 Jugendliche frustriert die Schule ab = hohe soziale Folgekosten.
 Therapien: Der UNO-Kinderrechtsausschuss kritisiert, dass in der Schweiz zu viel ADHS diagnostiziert und zu häufig Psychopharmaka verschrieben werden. Bildungsdefizite: Die unzureichende Schulbildung von rund 20% der Schulabgänger (OECD) kostet unsere Gesellschaft jährlich 1 Milliarde Franken (Studie des Bundes).
Deshalb braucht es verschiedene Bildungsmodelle und den Zugang für alle Kinder, egal aus welcher sozialen Schicht sie stammen.
3. In manchen Fällen kann eine nichtstaatliche Schule den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht werden. Familien, die eine solche Schule wählen, zahlen doppelt: Steuern für die Staatsschulen und Schulgeld für die nichtstaatliche Schule. **Deshalb ist die Schulwahlmöglichkeit, die abhängig ist vom Portemonnaie, sozial ungerecht.**
4. Die Studie der OECD mit 180'000 Schülerdaten aus 27 Ländern zeigt: **Freie Bildungswahl, Autonomie und Rechenschaftspflicht erhöhen die Schulqualität, Chancengerechtigkeit und Effizienz im Bildungswesen.**

Bitte frankieren

Elternlobby Graubünden
 Simon Hasler
 Dalas 81C
 7425 Masein